Dienstag, 15. Juni 1926 · 74. Jahrgang Nr. 277

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückerstattung entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preis: Die 7gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 65—68. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 3400 bis 3405; für den Fernverkehr Nr. 4307 bis 4309. — Postscheckkonto Nr. 394, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Straße 67—68, Wiener Straße 1—4, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 246, Große Frankfurter Straße 101, Greifswalder Straße 197, Kochhannstr. 8, Schönhauser Allee 144, Schloßhauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79.

Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung — Sport-Zeitung
Film-Zeitung — Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung — Witzblatt „LIK"
BERLIN SEHR UNSICHER

Pfannstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56—57, Rosenthaler Str. 40, Kathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 58, Leipziger Str. 105, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 69, Fidicinstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 5, Kantstr. 34, Scharrenstr. 30, Nürnberger Str. 29—30, Kaiser-Damm 20, Friedenau: Rheinstr. 18, Halensee-Grunewald: Konradinplatz, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carstr. 1—2, Neukölln: Berliner Str. 43, Hermannstr. 46—54, Kaiser-Friedrich-Str. 247—46, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 2, Schöneberg: Hauptstr. 23—24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tegel: Berlinerstr. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147, Treptow: Kiellstr. 7, Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 21—22, Oppeln: Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederschöneweide: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburger Str. 28, Spandau: Breite Str. 37, Stettin: Königsplatz 31

Verantwortlich: Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Volk gegen Fürstenklüngel

Die Riesendemonstration der SPD — Die Einheitsfront gegen den Raubzug der Fürsten

Berlin gibt ein Beispiel

Die Kundgebung, die gestern abend von der Sozialdemokratischen Partei für den Volksentscheid veranstaltet wurde, war eine der imposantesten, die Berlin in den letzten Jahren gesehen hat. Die Zugangsstraßen zum Lustgarten waren schwarz von Menschen, dichtgedrängt standen sie; dieser große, weite Platz war überfüllt von Demonstranten, Tausende von roten und schwarzrotgoldenen Fahnen flatterten in der Luft. Ueberall Begeisterung und Hingabe, überall Einmütigkeit, und das eine Ziel vor Augen: keinen Pfennig den Fürsten! Hunderttausende von Menschen im Lustgarten gaben gestern den Monarchisten, die sich am Sonntag so grenzenlos blamiert hatten, die richtige Antwort. Es war ein großer Tag, in der Geschichte der Republik, es war ein Kampftag. Die Schlacht ist noch nicht gewonnen, aber sie muß gewonnen werden.

Um ½6 Uhr sammeln sich an verschiedenen Plätzen Berlins Gruppen des Reichsbanners, die Bezirke der S.P.D. Die Sammelplätze sind schon lange vor Beginn des Abmarsches von Sympathisierenden umsäumt, von Republikanern, die beim ersten Trommelwirbel in Hochrufe ausbrechen und die Züge bis zum Lustgarten begleiten. Und das Publikum, das an den Straßenkreuzungen steht, das Publikum, das in den Autobussen und Straßenbahnen sitzt, winkt mit den Tüchern, winkt mit den Händen.

Ein einziger Demonstrationszug, der Zug, der vom Reuterplatz in Neukölln abmarschiert, hat schon, als er das Kottbuser Tor erreicht, eine Gefolgschaft, die dreimal so groß ist wie diejenige, die die Rechtsparteien am Sonntag zusammentrommeln konnten.

Aus allen Straßen strömen die Züge herbei. Immer neue Menschenmassen schließen sich an. Noch stehen verschiedene unentschlossen in der Haustür und am Fenster, doch plötzlich packt sie's, sie wissen, wohin sie gehören, und reihen sich ein.

Berlin hallt wider vom Marschtritt der Republikaner. Da geht der Rote Frontkämpfer neben dem Reichsbannermann, da weht die rote Fahne neben der schwarzrotgoldenen; kein Zwist, kein Bruderzwist klammt auf, es gibt nur eine einige, geschlossene Masse, eine Masse, die, von den Klängen der Internationale umrauscht, vorwärtsgetragen wird.

Der Lustgarten ist bereits eine Stunde vor Beginn der Kundgebung von einer nach Zehntausenden zählenden Menschenmenge besetzt. Noch hat kein Demonstrationszug Aufstellung genommen, noch flattert keine Fahne in der Luft. Es ist noch alles im Anmarsch.

Aber plötzlich kommen sie. Sie kommen von allen Seiten. Fanfaren schmettern, Trommeln wirbeln. Und nun wälzt sich diese ungeheure Menge heran. Nun flutet dieser Strom in den Lustgarten und überschwemmt alles. Ja, da kommen sie mit Schildern und Fahnen, da kommen die Arbeitslosen und Kriegskrüppel, da kommen die Arbeiter und Angestellten, Arm in Arm und Kopf an Kopf. Es werden Schilder vorübergetragen, Schilder, die oft in drastischer Form die Meinung des Volkes ausdrücken, Schilder, deren Inschriften so treffend sind, daß die Umherstehenden immer wieder in begeisterte Zustimmung ausbrechen.

Plötzlich wird man vorwärtsgeschoben, man gleitet über den Boden, denn man kann nicht ausschreiten, so dicht steht alles beisammen, also man wird vorwärtsgeschoben, der Domplatz zu, und nun sieht man, was so ungeheuren Beifall erweckt. Ein Wagen quetscht sich durch die Menge, und auf diesem Wagen steht Wilhelm in Uniform und streckt bittend die Hände aus. Und da fliegen ihm aus der Zuschauermenge Geldscheine entgegen, Geldscheine in allen Farben: Inflationslappen.

Und während noch riesige Züge im Anmarsch sind, beginnt bereits die Kundgebung. Die prächtig geschulten Stimmen des Arbeitersängerchors hallen über den Platz. Dann eine Minute Pause, und nun recken die Redner die Arme gegen das Schloß, zehn, zwanzig, noch mehr Redner. Ihr Mund ist Volkes Mund. Dann donnert ein Ruf über den Platz, die Fahnen flattern der Sonne entgegen, und langsam, langsam gerät die Menschenmasse ins Marschieren, gerät ins Marschieren unter den Klängen der Internationale und des Reichsbannermarsches.

Es wird acht Uhr, es wird später und später, noch immer ist der Lustgarten nicht frei. Der Strom flutet wieder zurück in die Stadt. Dröhnen der Schritte. Jubelnder Zuruf. Dumpf wirbeln die Trommeln.

„Pulver ist schwarz, rot ist das Blut, golden flackert die Flamme."

*

Von anderer Seite erhalten wir folgenden Bericht:

Von der Höhe des Museums aus bot die dichtgedrängte Menge, die roten und schwarzrotgoldenen Fahnen ein imponierendes Bild von malerischer Wirkung. Auf den zahlreichen Schildern und Plakaten, die in den Zügen mitgeführt wurden, kam die **tiefe Erbitterung des Volkes über die unverschämten Fürstenforderungen** in drastischen, gereimten und ungereimten Kernsprüchen zum Ausdruck, verbrämt mit Proben jenes angeborenen Humors, der dem Berliner in jeder Lebenslage zur Verfügung steht. Aus den markanten Sinnsprüchen, die vielfach Heiterkeit erregten, seien folgende erwähnt: **„Der Fürst hat alles — das Volk den Dalles"**, „Fürsten und Matressen, wollen dein Geld auffressen", „Die Fürsten wollen haben, das Volk muß darben", „An mein Volk — wer sacht da!", „Wer Fürsten ernährt, ist Prügel wert", „Arbeitslosenschmerz rührt kein Fürstenherz", und andere mehr. Eine praktische Lösung schlägt die Inschrift vor: „Kriegsopfer fordern Enteignung und Bau von Kinderheimen."

Vom Denkmal Friedrich Wilhelms III. herab sprach Reichstagsabgeordneter Ströbel, anknüpfend an den Hindenburg-Brief. Der Reichspräsident sei verfassungsmäßig verpflichtet, das Fürstenenteignungsgesetz zur Durchführung zu bringen, wenn die 20 Millionen beim Volksentscheid aufgebracht werden; er soll erklärt haben, er wisse noch nicht, ob er dann unterschreiben würde. Aber bei dem Aufwertungsgesetz habe Hindenburg sich nicht gerührt, obwohl er die Möglichkeit hatte, einen Volksentscheid herbeizuführen. Wenn dieser Volksentscheid nicht durchkomme, so sei die Republik gefährdet, und wir werden wieder ein monarchischer Staat werden, mit Krieg und allen Knebelungen und Unfreiheiten der alten Zeit. Es sei eine Schande, daß die ausgesprochenen Feinde der Republik offen gegen die Republik auftreten können, aber wir wollten uns zur Wehr setzen mit Leib und Seele, **für unsere Rechte, für unsere Republik!**

*

Imposant war der Aufmarsch der westlichen Kreisvereine des Reichsbanners und der Sozialdemokratischen Partei. Mit klingendem Spiel und dem Gesang der Internationale kamen die Massen, vom Hausvogteiplatz her durch den Lustgarten und zogen bis vor die Freitreppe des Alten Museums. Dort ergriff, nach Gesangsvorträgen des Arbeitersängerbundes der Abgeordnete Aufhäuser das Wort: 12½ Millionen Deutsche haben sich zum Volksbegehren im März eingetragen. Diese 12½ Millionen haben den Beweis geliefert, daß Deutschland eine Republik ist und daß es in dieser Republik auch Republikaner gibt. **Dieses Volksbegehren war die erste richtige Volksbewegung in Deutschland.** Ihr gegenüber gibt es keine Kompromisse. Diese Kompromisse sind unannehmbar, weil sie die Fürstenabfindung in die Hände der Richter legen. **Diese Richter aber haben nicht das Vertrauen des Volkes und deswegen wird das Volk am 20. Juni selbst Recht sprechen.** Der Redner ging dann auf den Reichspräsidenten und seinen Brief an v. Löbell über. „Hindenburg erscheint jetzt als Retter Wilhelms, aber er soll den Rettungsversuch aufgeben, **an Wilhelm ist nichts mehr zu retten.** Wilhelm und die anderen Erfürsten müssen sich damit abfinden, daß das deutsche Volk jetzt selbst die Entscheidung in die Hand nimmt. Diese Entscheidung fällt am 20. Juni und muß gegen die Fürsten sein, darum geht zum Volksentscheid und stimmt mit „Ja". Mit einem Hoch auf das arbeitende Volk schloß Aufhäuser seine Ausführungen.

An alle!

Jeder muß abstimmen

General der Infanterie v. Deimling wirft in Presseartikeln die Frage auf, warum die Monarchisten nicht die klare Parole ausgäben, am 20. Juni mit einem deutlichen Nein zu stimmen. Mit dieser Unklarheit solle die Verfassung sabotiert werden. Wenn am 20. Juni weniger als 20 Millionen Bürger zur Urne gingen, würden hinterher die Gegner der Republik sagen, das Volk habe durch sein Fernbleiben selbst gezeigt, daß es gar nichts wissen wolle von Volksentscheid und Volkssouveränität. Mangelhafte Beteiligung am Volksentscheid würde der Reaktion erwünschten Anlaß geben, den neuerlichen Vorstoße gegen die Reichsflagge bald weitere Attentate gegen die Grundlagen der Republik folgen zu lassen. Es gehe am 20. Juni nicht nur um das Fürstenvermögen, es gehe auch um die Republik.

Die Enteigneten

„Was reden die Leute so viel von der „Gefährdung des Privateigentums"? Unseres ist doch schon lange weg!"

Schnelldienst

Im rheinischen Braunkohlenrevier bei Kirberg kam es anläßlich der Volksentscheidspropaganda gestern zu blutigen Zusammenstößen zwischen Roten Frontkämpfern und Angehörigen des Stahlhelms, wobei ein Arbeiter und ein zwölfjähriger Junge von den Messer, Revolver und Knüppeln benutzenden Stahlhelmern schwer verletzt wurden.

Auf der Genfer brasilianischen Botschaft erklärte man, die Regierung Brasiliens werde die Botschaft, die übrigens die erste Vertretung dieser Art war, die ein Großstaat hier errichtet hatte, demnächst aufheben.

In Hamburg trafen gestern 32 Mitglieder des Chicagoer deutschen Klubs ein, die über Berlin eine Tournee durch Deutschland unternehmen.

Wie der „Amtliche Preußische Pressedienst" mitteilt, hat der preußische Ministerpräsident Braun den Verleger der „Tremonia", Herrn Lambert Lensing in Dortmund, anläßlich seines 75. Geburtstages seine besten Glückwünsche ausgesprochen.

Gestern wurde in London das offizielle Programm für den demnächstigen Besuch des Präsidenten der französischen Republik veröffentlicht.

Die „A. S. P. S."

Für „positive Mitarbeit an der deutschen Republik"

Von

Arno Voigt (Dresden)

Die Konstituierung der „Alten Sozialdemokratischen Partei Sachsens", die letzthin in Dresden erfolgt ist, bringt den Beweis dafür, daß die Trennung zwischen Mehrheitssozialisten und Unabhängigen tatsächlich noch besteht. In Sachsen trat sie bereits am 5. Januar 1924 klar hervor. Die Linkssozialisten sagten der Koalition von Demokraten, Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei, die an diesem Tage zusammentrat, von vornherein „schärfsten Kampf" an, und es ist nicht richtig, wenn sie es heute so darstellen, als ob es die politische Praxis der Koalition gewesen sei, die sie zu ihrer rein negierenden Oppotition gezwungen habe. In den sächsischen Linkssozialisten hat jederzeit der Geist gelebt, der eine Beherrschung der deutschen Republik durch die Sozialdemokratie verlangt und jede Koalition mit „Bürgerlichen" als „Verrat am Proletariat" ansieht. Daß eine solche Auffassung einen kräftigen Gebrauch der staatlichen Machtmittel auch gegenüber dem Proletariat nicht ausschließt, dafür bietet das Kabinett Lipinski ein beredtes Beispiel: Lipinski, das Haupt der sächsischen Linkssozialisten, setzte als Ministerpräsident starke Polizeiaufgebote gegen die Tumulte im Jahre 1922 ein, worauf er durch ein Mißtrauensvotum der Kommunisten gestürzt wurde. Seitdem haben sich die Linkssozialisten in Sachsen von der undankbaren Arbeit an exponierter Stelle zurückgezogen, um zu dokumentieren, daß sie an einer Republik, in der außen ihnen noch andere Menschen leben, nicht das geringste Interesse haben.

Wenn die Rechtssozialisten, denen die Massen im Augenblick durch linkssozialistische Beeinflussung entfremdet sind, ihre Wege von den Führern der Radikalen trennen, so legen sie damit ein Bekenntnis zur staatsbejahenden, positiven Mitarbeit an der deutschen Politik ab. Es wird immer nur betont, daß die sächsischen Rechtssozialisten, nachdem einmal der Reichsparteivorstand gegen sie Stellung genommen habe, sich diesem Mehrheitsbeschluß hätten fügen müssen. Es wird aber nicht genügend untersucht, welche Folgen das gehabt hätte. Welche Folgen für die Republik. Denn höher als die Freude an einer gutfunktionierenden Disziplin in der Sozialdemokratie muß den Demokraten das Interesse an der Republik stehen. In Sachsen leben, weben, treiben und intrigieren ja so viele Leute, die eine Totenangst vor dem gehabt haben, was sich am Sonntag vollzog: vor der Unerbittlichkeit der „Alten". Denn wenn die sächsischen Sozialdemokraten allesamt zu einem Brei räsonnierender Nörgler geworden wären, die „jede politische Arbeit mit den Bürgerlichen" ablehnen, dann wäre dem höflichen Dresdener Oberbürgermeister, Geheimrat Blüher, dann wäre dem dicken Geheimen Kommerzienrat Meinel (Tannenberg), dann wäre dem pfiffigen Führer der Deutschnationalen, Justizrat Beutler, die Sonne aufgegangen: die Sonne des Bürgerblocks. Hatte doch Herr Geheimrat Blüher bei den Demokraten bereits anfragen lassen (natürlich schier unhörbar fein!), ob man nicht mit für den Antrag auf Verlängerung der Legislaturperiode sei. Und als er sich einen Korb holte, kam bald darauf der zweite Bote: wie wär's mit einer Listenverbindung der Deutschen Volkspartei und der Demokraten bei der Landtagswahl? Der Entschluß der „alten Sozialdemokraten" bedeutet Erhaltung der großen Koalition in Sachsen. Er bedeutet also dasselbe, was der Parteivorstand seit der Flaggenverordnung im Reich für „angebracht" erklärt. Das Votum von Heidelberg, das positive Mitarbeit in der Republik gebietet (Hermann Müller: „Unsere Oppositionsstellung muß so sein, daß wir jeden Tag die Verantwortung wieder übernehmen können"), ist am Sonntag in Dresden genau befolgt worden.